



Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Protokoll der ordentlichen Sitzung des 81. Studierendenparlaments am 18.12.2023

Tagesordnung (wie unter 1b beschlossen):

1. **Begrüßung und Formalia**
 - a. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 - b. Beschluss über Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen und Beschluss der Tagesordnung
2. **Beschluss von Protokollen**
 - a. Protokolle der Sitzung vom 20.11.2023
3. **Berichte aus Gremien**
 - a. Berichte aus den Ausschüssen
 - b. Berichte aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss
 - c. Berichte aus weiteren Gremien
4. **Protokoll des Haushaltsausschusses**
5. **Antrag 81-05-01: Verantwortung ernst nehmen**
6. **Wahl eines*r Referenten*in für Kultur des Allgemeinen Studierendenausschuss**
7. **Vorstellung der Projektstelle und des Budgetplans vom Campusfestival**
8. **Änderung des Stellenplans**
9. **Änderung der Beitragssatzung der Studierendenschaft**
10. **Neuerlass der Reisekostenordnung und der Zuschussrichtlinie der Studierendenschaft**
11. **Verschiedenes**

Sitzungsort:

Hybrid LMS 8 – R.EG.007 und online via Zoom, Abstimmungstool VotesUp!

Zeitraum:

18:33 – 22:45 Uhr

Sitzungsleitung:

Inga Willenbockel (Präsidentin)

Kenan Bilen (Vize-Präsident)

Protokoll:

Mareike van Aken

Anwesende:

Campus Grüne: Fritz Herkenhoff, Max Härtel, Laura Mews, Lukas Peschke, Alva Meise, Finn Pridat, Inga Willenbockel, Hannah Schmidt, Julius Besler, Kenan Bilen, Timo Hansen

RCDS: Maximilian Hoffmeister, Lena Lindemann, Anna Goerlach

Juso HSG: Amelie Ohff, Konstantin Braas, Elias Saber, Rasmus Henke

LHG: Jonas Schlenz (ab 18:56 Uhr), Björn Wagner

HSG Südschleswig: Louisa Haschinger

Anwesende ohne Stimmrecht: Stella Thomsen, Laura Falk, Ariel-Salomon Gutman, Alexander, Toni Luther, Marlon Kopp

TOP	Abstimmung	Inhalt
1) Begrüßung und Formalia a) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung b) Beschluss über Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen und Beschluss der Tagesordnung	a) (Ja/Nein/Enthaltung) b) (18/0/0)	Inga W. eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Es wurde ordnungsgemäß zur ordentlichen Sitzung geladen. Mit 18 anwesenden Mitgliedern ist das StuPa beschlussfähig. <i>[18 Stimmberechtigte]</i> Es bestehen keine Änderungswünsche für die TO. Abstimmung über die Tagesordnung
2) Beschluss von Protokollen a) Protokolle der Sitzung vom 20.11.2023	a) (15/0/3)	Es bestehen keine Änderungswünsche. Abstimmung über die Protokolle vom 20.11.2023
3) Berichte aus Gremien a) Berichte aus den Ausschüssen b) Berichte aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss c) Berichte aus weiteren Gremien	a) b)	Der Rechtsausschuss hat sich mit der Reisekosten-Zuschussrichtlinie auseinandergesetzt. Eine genauere Erläuterung erfolgt in TOP 10. Laura F. und Stella T. berichten: Am 27.11.2023 hat der Hochschulrat getagt, bei der auch Ministerin Karin Priem teilnahm. Hierbei wurde über die Landesstrukturbegutachtung des Wissenschaftssystem gesprochen. Es wurden über die Unterfinanzierung und geringe Autonomie von Hochschulen in Schleswig-Holstein diskutiert. Es werden 15 Cluster eingerichtet, die sich mit Umsetzungsmöglichkeiten der 403 Empfehlungen des Wissenschaftsrat auseinandersetzen. Am 28.11.2023 fand ein Treffen mit dem Bildungspolitiker Christopher Vogt (FDP) statt. Es wurde über die Themen studentischer Wohnraum, studentischer Raum auf dem Campus, Studienfinanzierung sowie TVStud gesprochen. Am 29.11.2023 fand im Rathaus wieder der alljährliche Hochschulempfang statt. Mit dem Motto "Evidenzbasierte Politik: Ein Zukunftsmodell?" haben verschiedene Vertreter*innen aus den Bereichen Hochschule & Wissenschaft, Politik und Wirtschaft an einer Fishbowl-Diskussion teilgenommen. Am 07. Dezember war der „Tag des Lehrens und Lernens“. Dieses Jahr unter dem Motto „Lernräume für innovative und partizipative Lehr/Lernsettings“ wurde in unterschiedlichen Workshops zu Räumen für Lehre und Lernen, sowie die verschiedene Gestaltung von Lehrinhalten diskutiert. Das Ende der Veranstaltung bildet eine Podiumsdiskussion, welche sich mit den aktuellen Problematiken der Uni auseinandersetzte. Der Koordinierungsrat zum Deutschlandticket (D-Ticket) hat sich in seiner Sitzung am 27.11.2023 auf

		<p>eine vergünstigte Version des Deutschlandtickets für Studierende geeinigt. Das Ticket soll 60 % des Originalpreises betragen. Zurzeit ist die Finanzierung des Deutschlandtickets bisher jedoch nachhaltig geklärt. Am 11.12. hat die Landes-Asten-Konferenz in Kiel getagt. Es waren Asten aus Flensburg, Lübeck, Heide und Kiel vertreten. Hauptthema war das Deutschlandticket für Studierende. Daniel Kaufmann (Referent für Fachschaften) wurde auf der Sitzung in die FVK-Koordination gewählt. Außerdem hat sich die Projektstelle Campusfestival vorgestellt. Außerdem wurden die Ergebnisse der Tarifrunde TV-L 2023 veröffentlicht. Ab dem 01.11.2024 ist eine Erhöhung von 200 € vorgesehen, ab dem 01.02.2025 eine Erhöhung von 5,5 % (mindestens aber 140 €). Zudem wurde eine „Inflationsabmilderungsprämie“, welche als Einmalzahlung in Höhe von 1800 € ausbezahlt werden soll, beschlossen. Ob eine Kopplung an die Stundenanzahl besteht, steht noch offen. Zudem wurde mit der Leitung der Universitätsbibliothek Kontakt aufgenommen und die beschlossenen Forderungen aus der letzten Sitzung eingebracht.</p> <p>Bezüglich der Semesterticket-Erstattung berichtet Max Härtel: Es wurden seit August 687 Anträge auf Rückerstattung gestellt, davon 49 Härtefallanträge. Bei den Semesterticket-Erstattungen wurden 22 Anträge abgelehnt bei den Härtefallanträgen gab es bisher zwei Ablehnungen. Zu der Integration des Deutschlandtickets in das Semestertickets erklärt er, dass die Umsetzung als Vollsolidaritätsmodell erfolgen soll. Hierbei läge eine preisliche Differenz von 0,88€ zum Sommersemester 2024 bei Erhöhung des D-Tickets (auf regulär 59€) vor. Insgesamt sind die Handlungsoptionen für Kiel und Lübeck attraktiv, für Flensburg hingegen eher unattraktiv. Max Härtel erläutert, dass kein Preis-Hopping (Wechsel zwischen D-Ticket und kein D-Ticket) erlaubt ist. Ein Einstieg in das Bundesticket und ein anschließender einmaliger Ausstieg in das landesweite Semesterticket ist aber möglich.</p>
	c)	Es liegen keine weiteren Berichte vor.
4) Protokoll des Haushaltsausschusses		<p>Jonas S. berichtet aus dem HHA: Der Antrag für die Erstsemesterfahrt von der Fachschaft Psychologie wurde genehmigt. Da die Fachschaft Physik die Reisekosten erst nachträglich eingereicht hatte, wurde der Antrag abgelehnt. Die <i>HSG Amnesty International</i> hatte einen unklaren Antrag bezüglich der Erweiterung ihres Equipments für eine bessere Online-Präsenz gestellt, welcher zunächst vertagt wurde. Eine Einzelperson hatte im Rahmen der KriSe-Veranstaltung einen nachträglichen Antrag für Druckkosten gestellt. Dieser wurde aufgrund der verspäteten Einreichung abgelehnt. Bei der Fachschaft Jura wurden drei Reisekostenanträge bewilligt, beim vierten Antrag fehlte das Protokoll der Fachschaftssitzung, was zu einer Ablehnung dieses Antrags führte.</p> <p>[17 Stimmberechtigte]</p>

	(16/0/1)	Abstimmung über das Protokoll des Haushaltsausschusses
5) Antrag 81-05-01: Verantwortung ernst nehmen		<p>Ariel-Salomon G. stellt den Antrag vor. Der Antrag fordert, dass die IHRA-Definition und die 3D-Regeln als die allgemeingültige Arbeitsdefinition für Antisemitismus etabliert werden. Zudem bedarf es mehr Aufmerksamkeit für die diversen jüdischen Perspektiven und es gilt einseitige Solidaritätsbekundungen zu vermeiden. Außerdem wird eine israelische Partneruniversität für die Christian- Albrechts-Universität angestrebt, um den kulturellen und akademisch-wissenschaftlichen Austausch fächerübergreifend zu fördern und zu vertiefen. Das Studierendenparlament setzt sich in diesem Kontext auch dezidiert für eine israelische Partnerstadt für die Stadt Kiel ein. Des Weiteren wird gefordert, dass keine Prüfungen an jüdischen Feiertagen stattfinden.</p> <p>Timo H. stellt die Nachfrage, ob ein Verweis auf den Hochschulausschuss sinnvoll wäre. Amelie O. und Maximilian Hoffmeister sehen keine Notwendigkeit, dass der HHA sich einer Überarbeitung des Antrages annimmt. Stella T. fordert eine redaktionelle Änderung in der Anordnung der Forderungen und weist darauf hin, dass der AStA zusätzlich zum Antrag eine Stellungnahme veröffentlichen könnte. Der HHA wird zudem auch eine Stellungnahme verfassen.</p> <p><i>[19 Stimmberechtigte]</i> (19/0/0) Abstimmung über den Antrag 81-05-01: Verantwortung ernst nehmen</p> <p><i>[Pause 20:03 bis 20:12 Uhr]</i></p>
6) Wahl eines*r Referenten*in für Kultur des Allgemeinen Studierendenausschuss	(18/1/0)	<p>Laura F. schlägt Marlon K. vor, der sich kurz vorstellt.</p> <p>Abstimmung über die Wahl eines*r Referenten*in für Kultur des Allgemeinen Studierendenausschuss</p>
7) Vorstellung der Projektstelle und des Budgetplans vom Campusfestival		<p>Dennis stellt den aktuellen Stand für die Planung des Campusfestival vor, welches am Samstag, den 08.06.2024 stattfinden wird. Das Ziel ist vor allem möglichst viele Studierende zu erreichen und einen Austausch zu fördern. Es erfolgt eine Kooperation mit der FVK und der Rechtsausschuss hat dem Finanzplan zugestimmt. Die Helfer*innentreffen werden am 09.01. und 11.01. im Audimax Hörsaal C stattfinden. Im Budgetplan sind die Maximalausgaben notiert. Als Beispiele werden die Bühnentechnik (18.000€), Artists (15.000€), Versicherungsgebühren, Security (4000€) und die Gema-Gebühren angeführt. Es ergeben sich unter Einbezug der Einnahmen eine Gesamtausgabensumme von 47.000€.</p>

		<p>Amelie O. erfragt, welche Bezahlssysteme auf dem Festival geplant sind. Dennis erklärt, dass eine Kartenzahlung, wahrscheinlich aber keine Bezahlung mit der Stu-Karte möglich sein wird. Ob ein Sponsoring mit den Gewerkschaften realisierbar wäre, wird nochmals nachgefragt. Maximilian Hoffmeister merkt an, dass die Kosten für einen Foodtruck vermutlich höher als bisher berechnet sein werden.</p> <p><i>[20 Stimmberechtigte]</i></p> <p>(19/1/0) Abstimmung über die Vorstellung der Projektstelle und des Budgetplans vom Campusfestival</p>
8) Änderung des Stellenplans		<p><i>[Pause 20:43 bis 20:55 Uhr]</i></p> <p>Dieser TOP fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.</p>
9) Änderung der Beitragssatzung der Studierendenschaft		<p><i>[Pause 21:05 bis 21:17 Uhr]</i></p> <p>1. Lesung Max Härtel berichtet, dass sich der Semesterbeitrag 2024 auf 185€ verringert.</p> <p>2. Lesung Es bestehen keine Nachfragen.</p> <p>(18/0/1) <u>Schlussabstimmung über die Änderung der Beitragssatzung der Studierendenschaft</u></p>
10) Neuerlass der Reisekostenordnung und der Zuschussrichtlinie der Studierendenschaft		<p>Als neue Bezeichnung liegt für die Richtlinie die Abkürzung ZuRRI vor.</p> <p>1. Lesung Max Härtel gibt eine kurze Erklärung für den Grund des Neuerlasses der Reisekostenordnung und der Zuschussrichtlinie der Studierendenschaft.</p> <p>2. Lesung Als farbliche Kodierung bedeutet orange eine Änderung von Max Härtel und Kenan B. und Türkis hinterlegte Änderungen sind vom Rechtsausschuss.</p>

		<p>In §1 wird der Wortlaut „sonstige Reisen, Kultur“ gestrichen.</p> <p>(18/0/0) Abstimmung über §1 ZuRRI</p> <p>(18/0/0) Abstimmung über §2 ZuRRI</p> <p>(17/0/0) Abstimmung über §3 ZuRRI</p> <p>Amelie O. stellt GO-Antrag auf Akklamation. Es besteht keine Gegenrede.</p> <p>Kenan B. stellt die Änderungen in §4 Zuständigkeit, §5 Antragstellung, §6 Fristen, §7 Fachschaften, §8 Vorschüsse und §9 Erstattungsfähigkeit.</p> <p>Im §10 Fahrtkosten wird die Erstattung des Sparpreise nur bei Strecken, die generell keine Supersparpreise anbieten, festgelegt.</p> <p>Anna G. stellt den ÄA: Bietet die Deutsche Bahn generell keinen Super Sparpreis auf der zu fahrenden Strecke an, ist das nächstgünstigere Angebot zu nehmen. Die Beweislast liegt bei dem*r Antragsteller*in.</p> <p>(14/4/1) Abstimmung über Änderungsantrag § 10 Abs. 2: Bietet die Deutsche Bahn generell keinen Super Sparpreis auf der zu fahrenden Strecke an, ist das nächstgünstigere Angebot zu nehmen. Die Beweislast liegt bei dem*r Antragsteller*in</p> <p>(8/7/3) Abstimmung über Änderungsantrag § 10 Abs. 7</p> <p>Kenan B. fährt mit dem §11 Beförderungs- und Transportkosten, §12 Tagungsgebühren, §13 Übernachtungskosten und §14 Sonstige Kosten fort.</p> <p>Für §15 Erstattung für Beschäftigte stellt Amelie O. folgenden ÄA.: Statt der 120€ werden 90€ festgelegt.</p> <p>Für §16 Erstattung für Nicht-Beschäftigte wird der ÄA von Amelie O. übernommen.: Statt der 120€ werden 90€ festgelegt.</p>
--	--	---

		Kenan B. fährt mit dem §17 Erstattung dem Grunde nach, §18 Erstattung der Höhe nach und §19 Förderungsgrundsätze fort.
	(17/1/0)	Bei §20 Orientierungsfahrten oder -einheiten wird der Wortlaut „Frühsemester“ zu „Zweitsemester“ ersetzt. Es erfolgt die Abstimmung.
	(18/0/0)	<u>Schlussabstimmung über Neuerlass der Reisekostenordnung und der Zuschussrichtlinie der Studierendenschaft</u>
11) Verschiedenes		Inga W. bedankt sich für das Engagement des gesamten StuPa. Inga W. schließt die Sitzung um 22:45 Uhr.

Anhang

Übersicht der Erstattungs- und Härtefallanträge zum Semesterticket

I. Erstattungsanträge Semesterticket

Tabelle 1: Übersicht der Erstattungsanträge zum Semesterticket inkl. der Härtefallanträge im Zeitraum zwischen August und Dezember 2023.

Zeitraum: August – Dezember 2023	Neuantragsstellungen	Wiederholungsanträge
Antragsbewilligungen	Ca. 560	Ca. 105
Ablehnungen	22	
Gesamt:	687	

Von den gestellten Anträgen wurden bisher 150 digital erfasst. Für die Zukunft wird geprüft ob eine digitale Lagerung der Anträge möglich ist.

II. Ablehnungen/Widersprüche Semesterticket

Tabelle 2: Aufschlüsselung der Ablehnungen und Widersprüche nach Ablehnungsgründen a) bis e) für das laufende Wintersemester 2023/2024

Ablehnungsgrund:	Ablehnungen	Ablehnungen Widersprüche	Offene Anträge	Abgeholte Widersprüche
a) Fehlende Unterlagen	11			4
b) Frist verpasst	1			
c) Exmatrikulationsdatum zu spät	3	1		
d) Auslandsaufenthalt zu kurz	7	1		
e) Auslandsaufenthalt nicht studienbedingt	1			
Gesamt:	22	2	10	4

III. Härtefälle

Tabelle 3: Übersicht der eingegangenen Härtefallanträge aufgeschlüsselt nach Bewilligungen, Ablehnungen und Widersprüchen für das laufende Wintersemester 2023/2024

WiSe 23/24	Antrags- bewilligungen	Ablehnungen	Rücknahmen	Abgeholte Widersprüche	Offene Anträge
Vollerstattung	49	2	2	1	2
Teilerstattung	/				

18.12.2023

Anlage 1 zu TOP 3b)

Antworten der Universitätsbibliothekverwaltung zu den gestellten Forderungen in Antrag 07a vom 20.11.2023:

- Um mehr Studierenden die Möglichkeit zu geben die Bibliotheksressourcen zu nutzen, soll die **Anzahl der Workspaces und das bestehende Raumangebot ausgebaut werden.**

In gesamten Segment 1 werden weitere ausdifferenzierte Räume für ganz unterschiedliche Bedarfe entstehen, auch für Veranstaltungen. Außerdem soll im 1. OG das Mobiliar erneuert werden. Dies gilt natürlich nur, wenn die dafür erforderlichen Mittel vorhanden sind, was in Zeiten „leerer Kassen“ keine Selbstverständlichkeit ist. Außerdem ist es erforderlich, dass Personal zur Betreuung der neuen Angebote erforderlich. Da der Stellenplan der UB Kiel fix ist, müssen vorhandene Stellen erst einmal umgewidmet werden. Schließlich entstehen deutliche Kosten/ Aufwände, da es seit Umbaubeginn immer wieder zu erheblichen Verschmutzungen kommt, da sich Studierende nicht an das notwendigerweise leider wieder eingeführte Verbot halten, in der Uni-Bib nicht zu essen und zu trinken (Ausnahme Wasser). Hinzu kommen mittlerweile großflächige Graffitis an und in Toiletten. Das ist eine Entwicklung, die wir sehr bedauern, da wir an und für sich ein Konzept der Offenheit verfolgen wollten. Unsere Erfahrung teilen übrigens andere UBs, die viele Regelungen wieder einführen mussten.

- In der Eingangshalle oder dem Pausenraum der Universitätsbibliothek soll mindestens ein **Heißgetränkeautomat aufgestellt** werden, um ein Angebot der Heißgetränkeversorgung zeitunabhängig und preiswert zu gewährleisten. Dabei soll das bestehende Angebot (cUBAR, Café-Lounge, sowie Brot und Bohne) nicht substituiert, sondern ergänzt werden, um die Vielfalt der Optionen zu bewahren. Etwaige Monopole sind aufzulösen.

Im Pausenraum sind mittlerweile Automaten für Kaltgetränke und Süßwaren aufgebaut, das Mobiliar des Raums wurde erneuert, der Raum renoviert. Aufgrund des zu insgesamt geringen Umsatzes sind die Aufsteller bisher leider nicht zu bewegen, einen weiteren Automaten aufzustellen. Zudem müssen wir aufgrund unserer bisherigen vielfach schlechten Erfahrungen leider davon ausgehen, dass es erneut zu Verschmutzungen mit Kaffee usw. kommt.

- Der AStA soll mit der Verwaltung über mögliche Lösungsansätze diskutieren, um die Öffnungszeiten der Universitätsbibliothek sowohl in der Woche (**von 09:00 Uhr bis 22:00 Uhr zu 08:00 Uhr bis 00:00 Uhr**) als auch am Wochenende (**von 09:00 Uhr-20:00 Uhr zu 09:00 Uhr-22:00 Uhr**) jeweils um drei bzw. zwei Stunden auszuweiten. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten soll dabei die Flexibilität bei der Nutzung der Bibliotheksressourcen bieten und so besonders in stressigen Klausurphasen zur Entlastung beitragen.

Die Uni-Bib hat leider keine Ressourcen, um die Öffnungszeiten noch weiter auszuweiten. Am Wochenende ist das ja bereits geschehen. Angesichts der Nutzungszahlen, die wir laufend dokumentieren, würden wir eine frühere Öffnung, nämlich ab 8 Uhr durchaus für zielführend halten. Am Abend, insb. am Wochenende ist die Nutzung i.d.R. sehr gering/ marginal. Hier steht der Wunsch einzelner Personen, auch in Randzeiten zu arbeiten, gegen andere Aspekte, z.B. die nötigen Ressourcen für den Betrieb. Dieser ist aus bekannten Gründen fossilfrei leider nicht möglich und zudem sehr teuer.

Deutschlandticket als Semesterticket im Vollsolidarmodell



<p>Grundsatz</p>	<p>Als Semesterticket wird das Deutschlandticket ausgegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abnahme im Vollsolidarmodell ▪ Abnahme für den gesamten Semesterzeitraum
<p>Konditionen</p>	<p>Im Übrigen gelten für das „Deutschland-Semesterticket“ die gesetzlich geregelten Konditionen des D-Tickets.</p>
<p>Ausgabe</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für den Vertrieb gelten die Vorgaben zum D-Ticket (Digitalisierungszwang): <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausgabe als Handy-Ticket in der NAH.SH-App für Android (ab Version 8.0) und iOS (ab Version 14.5) ▪ Ausgabe als Chipkarte in Prüfung, voraussichtlich frühestens im Sommersemester 2025 möglich ▪ Keine Ausgabe als Papierfahrkarte zulässig ▪ Ausgabeprozess unverändert (Bestellstrecke/Shibboleth).
<p>Preis</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 60% des Fahrpreises des D-Tickets, also derzeit 176,40 Euro/ Sem. ▪ Bei Preisanpassungen des D-Tickets wird der Preis des Deutschland-Semestertickets automatisch angepasst.

Preis Deutschland-Semesterticket nach Hochschulstandort



Istzustand

- Preisstand SH: Sommersemester 2024
- Preis D-Ticket: 49,00 Euro

	Kiel	Lübeck	Flensburg
Preis Semesterticket Kiel/Lübeck/Fl.	58,00	52,20	36,00
+ Preis Semesterticket Schleswig-Holstein	113,10	113,10	113,10
= Preis regionales Semesterticket	171,10	165,30	149,10
Preis Deutschland-Semesterticket	176,40	176,40	176,40
Aufschlag Deutschland-Semesterticket	5,30/Sem. 0,88/Monat	11,10/Sem. 1,85/Monat	27,30/Sem. 4,55/Monat

Angaben in Euro.

Preis Deutschland-Semesterticket nach Hochschulstandort



Mögliche Situation im Wintersemester 2024/25

- Preisstand SH: fortgeschrieben um 6,4%; regionales SeTi stabil
- Preis D-Ticket: 59,00 Euro

	Kiel	Lübeck	Flensburg
Preis Semesterticket Kiel/Lübeck/Fl.	58,00	52,20	36,00
+ Preis Semesterticket Schleswig-Holstein	120,40	120,40	120,40
= Preis regionales Semesterticket	178,40	172,60	156,40
Preis Deutschland-Semesterticket	212,40	212,40	212,40
Aufschlag Deutschland-Semesterticket	34,00/Sem. 5,67/Monat	39,80/Sem. 6,63/Monat	56,00/Sem. 9,33/Monat

Angaben in Euro.

Es wird geprüft, ob das Preisniveau im SH-Tarif in den nächsten drei Jahren an das D-Ticket angeglichen und somit insgesamt abgesenkt wird. Dadurch würde der Preis des Semestertickets Schleswig-Holsteins sinken.

Tarifbestimmungen Deutschland-Semesterticket

gemäß gesetzlicher Vorgabe vom 11.12.2023



Das Deutschlandticket kann aufgrund eines Semesterticketvertrags Studierenden als solidarisches Deutschland-Semesterticket angeboten werden.

Der Fahrpreis für das Deutschland-Semesterticket beträgt 60 % des Fahrpreises des regulären Deutschlandtickets. Näheres zur Bezugspflicht, Befreiung von der Entgeltentrichtung und zur Erstattung enthält der Semesterticketvertrag. Der für ein Semester gültige Preis ist der anteilige Preis des Deutschlandtickets, der acht Monate vor Beginn des Semesters jeweils für die Monate des Semesters in den Tarifbestimmungen für das Deutschlandticket vorgegeben wird.

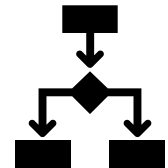
Das Deutschland-Semesterticket hat eine feste Laufzeit für das jeweilige Semester ohne monatliche Kündbarkeit.

Vertrag zum Deutschland-Semesterticket

- regelt alle Bedingungen, die nicht Bestandteil der Tarifbestimmungen sind;
- **bundesweit einheitlicher Vertragstext**, der gesetzlich vorgegeben ist;
- Änderungen/Ergänzungen sind nur an hierfür zugelassenen Stellen möglich und dort jeweils nur gemäß den Gestaltungsoptionen lt. Erläuterungsdokument zum Vertrag;
- **Preisanpassungsklausel zum D-Ticket** ist vertraglich verankert, d.h. der Semesterticket-Preis wird 8 Monate vor Semesterbeginn auf Basis der dann bekannten Preisdaten zum D-Ticket ermittelt.

Handlungsoptionen der Studierendenschaften

- **Wechsel zum Deutschland-Semesterticket**
(ersetzt regionales und landesweites Ticket)
- **Verbleib im Semesterticket Schleswig-Holstein**



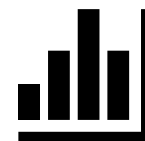
Bedingungen

1. Heutiges **Semesterticket-Upgrade** auf das D-Ticket darf **letztmalig im Wintersemester 2024/25** angeboten werden. Danach darf auch eine freiwillige Rückzahlung für Studierende, die privat das D-Ticket erwerben, nicht angeboten werden. Das ist politische Vorgabe.
2. **Einheitliche Vorgehensweise** aller teilnehmenden Hochschulen.
Sonst entstehende Doppelstrukturen führten zu einer als ungerecht bewerteten uneinheitlichen Lage an den Hochschulen im Land.
3. Ein **fortlaufender Wechsel** zwischen dem Semesterticket Schleswig-Holstein und dem Deutschland-Semesterticket ist **nicht möglich**, weil stets Verträge, Kalkulation und Vertrieb neu vereinbart werden müssten (kein „Tickethopping“).

Bei einem Wechsel zum Deutschland-Semesterticket ...

- ist der **Vertrag zum Deutschland-Semesterticket** mit der NSH zu schließen;
- muss durch den AStA für alle Studierenden die **Wohnort-Postleitzahl** gemeldet werden.

Wie wird das Semesterticket-Upgrade genutzt?



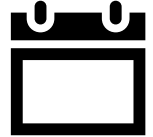
nach Monaten	Anzahl
Juli 2023	4.674
August 2023	7.648
November 2023	6.991

nach Standorten (Nov. 2023)	Anzahl	Anteil
Kiel	4.104	~ 12%
Lübeck	2.129	~ 20%
Flensburg	758	~ 8%
Summe	6.991	~ 13%

Genannt sind jeweils die Bestandskunden. Angaben vorläufig.

Anteil = Verhältnis zu Studierenden mit Semesterticket Schleswig-Holstein im Wintersemester 2022/23.

Umstellungstermine



- Umsetzung **frühestens zum Wintersemester 2024/25** realistisch.
Erfordert Entscheidung bis Ende Februar 2024.
- Wir können derzeit keine Aussagen machen, ab wann ein Vertrieb möglich ist.
Anfrage bei DB Vertrieb ist gestellt.
- Für Beschlussfassungen, Vertragsschluss und vertriebliche Anpassungen sollte mit einem **zeitlichen Vorlauf von mindestens 6 Monaten vor Beginn des Semesters** (01.09. bzw. 01.03.) gerechnet werden.

Weiteres Vorgehen

- NSH stellt den **Vertrag zum Deutschland-Semesterticket** bereit.
- **Studierendenschaften entscheiden gemeinsam**, welches Semesterticket sie in Zukunft nutzen möchten.

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

NSH Nahverkehr Schleswig-Holstein GmbH
Hamburger Chaussee 10
24114 Kiel
www.n-sh.de

Verantwortung ernst nehmen!

Antragsteller*innen:

Ariel-Salomon Gutman, Jüdische Hochschulgruppe Kiel

Finn Priedat, Hochschulgruppe Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
Kiel

Malte Pauquet, HSG - gegen Antisemitismus

Antrag:

Am 7. Oktober, dem jüdischen Feiertag Simchat Torah, begann ein großangelegter Angriff der Hamas auf Israel. Mehr als 1200 Menschen wurden bei diesem barbarischen Terrorangriff der Hamas ermordet. Seitdem fliegen wieder Molotov-Cocktails auf Synagogen, Häuser von jüdischem Mitbürger*innen werden wieder mit Davidsternen markiert und pro-israelische Kundgebungen werden verbal oder körperlich angegriffen. Antisemitismus wird auf deutschen Straßen gefeiert und Mordaufrufe an Jüdinnen*Juden sind die Regel. Jüdinnen*Juden bangen um ihre Sicherheit. Auch in Deutschland spricht man von einem sprunghaften Anstieg der Antisemitismusfallzahlen. Allein in Schleswig-Holstein wurden im Monat nach Terrorangriff] doppelt so viele Fälle registriert, wie im gesamten vergangenen Jahr.

Wir, die Student*innen der CAU, verurteilen dies zutiefst und sprechen allen jüdischen und israelischen Studierenden im ganzen Land unser tiefstes Mitgefühl und unsere Solidarität aus. Wir stehen fest und unverbrüchlich an eurer Seite!

Verantwortung ernst nehmen!?!?!?

Im September 1920 war an der Christian-Albrechts-Universität eine Vortragsreihe mit Albert Einstein zu seiner bekannten Relativitätstheorie geplant. Die antisemitische geprägte "Arische/Deutsche Physik" hatte mit dem Kieler Nobelpreisträger Philip Lennard in Kiel an der CAU einen prominenten Vertreter. Moderne physikalische Theorien u.a. auch die Relativitätstheorie wurden als dezidiert jüdisch bezeichnet und somit abgelehnt. Die Universität weigerte sich, Albert Einstein einen Raum zuzuteilen. Die Stadt Kiel schloss sich dem an, sodass das Stadttheater auch nicht zur Verfügung stand. Einzig und allein das Gewerkschaftshaus stellte seine Räumlichkeiten am 15. September 1920 zur Verfügung und die Vorlesung zog Tausende Zuhörer an.

Im direkten Umfeld vom Universitätscampus existiert eine Straße mit dem Namen "Meyerhofstraße". Otto Fritz Meyerhof war ein jüdischer Professor, der für Kiel 1922 den Nobelpreis "nach Hause" holte. 1940 musste er vor den Nazis in die USA fliehen.

Straßenumbenennungen sind begrüßenswert, reichen aber nicht aus, um seiner historischen Verantwortung gerecht zu werden. Gerade Universitäten, Studierende und Dozierende haben bei der Verbreitung von antisemitischem Gedankengut in der Weimarer Republik eine zentrale Rolle gespielt. So schreibt beispielsweise die Abteilung Regionalgeschichte der CAU:

"Vor 90 Jahren, am 10. Mai des Jahres 1933, brannten in Kiel die Bücher. Zu nächtlicher Stunde setzte sich ein Fackelzug in Bewegung, um von der Universitätsaula der Christian-

Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) zum zentralen Wilhelmplatz zu marschieren. Dort fand der Höhepunkt der sogenannten Aktion „wider den undeutschen Geist“ statt: Wie in zahlreichen anderen Universitätsstädten fiel die von der Deutschen Studentenschaft, in ihren schwarzen Listen aufgeführte „verbrennungswürdige“ Literatur auch in Kiel den Flammen der Scheiterhaufen zum Opfer. Nur kurz zuvor hatte der Kieler Philosophieprofessor Ferdinand Weinhandl auf einer Versammlung in der vollbesetzten Aula seine Gefolgschaft mit martialischen Worten auf die Bücherverbrennung eingestimmt: „In einer Stunde wird die deutsche Studentenschaft ein Stück des Ungeistes der letzten vierzehn Jahre den Flammen übergeben.“

Angesichts dieser institutionellen Verantwortung und der aktuellen Situation für Jüdinnen*Juden muss sich die CAU mit all ihren Mitgliedern der Frage stellen: Bleibt Nie Wieder nur ein Lippenbekenntnis? Reicht uns das rituelle Lippenbekenntnis „Nie Wieder“ am 9. November und 27. Januar? Wir fordern: Erinnern muss Handeln heißen!

Erinnern heißt handeln!

Wir fordern die Universität Kiel auf, die IHRA-Definition als die allgemeingültige Arbeitsdefinition für Antisemitismus zu etablieren.

Die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance lautet wie folgt: *„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“*

Auf dem Internetauftritt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus heißt es:

„Mit der sogenannten 3D-Regel lässt sich bestimmen, ob es sich bei einer Äußerung lediglich um Kritik an Israels Politik handelt oder die Grenze zum Antisemitismus überschritten wird: Das ist der Fall, wenn Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung Israels im Spiel sind.“

Diese 3D-Regel ist auch in den Beispielen der IHRA-Definition berücksichtigt. Wir fordern die Christian-Albrechts-Universität auf, die 3D-Regel und IHRA-Definition als allgemeingültige Arbeitsgrundlage im Umgang mit Antisemitismus auf dem Campus zu etablieren. Es kann nicht sein, dass Fußballvereine, wie Schalke 04 diese Definition anerkennen, während in der *„Richtlinie zum Umgang mit Diskriminierung, sexualisierter Gewalt und Mobbing an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 26. Mai 2020“* das Wort Antisemitismus nicht einmal fällt.

Jüdische Perspektiven? Ja, Bitte!

Wir treten ein für mehr Sichtbarkeit jüdischer Perspektiven, jüdischen Lebens und jüdischer Gegenwartsforschung. Die jüdische Diaspora hat in Deutschland eine 1.700 Jahre alte Geschichte und Tradition. Warum beschäftigen sich Forschungsprojekte an der CAU nur mit jüdischer Geschichte vor 1945 und nicht auch mit dem modernen jüdischen Leben in der Bundesrepublik Deutschland? Wir fordern mehr jüdische Gegenwartsforschung an unserer Universität.

Mehr als 95 % der Juden in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte. In diesem Kontext möchten wir Hochschulgruppen und Fachschaften an der CAU an ihrem eigenen Anspruch messen. Wir fordern jede beteiligte Fachschaft und Hochschulgruppe auf, auf die diversen

jüdischen Perspektiven aufmerksam zu machen und einseitige Solidaritätsbekundungen zu vermeiden.

Wie kann es sein, dass dies im öffentlichen Diskurs bestimmter Fachschaften und Hochschulgruppen keine Rolle spielt? Warum werden jüdische Perspektiven in diesen Debatten nicht einbezogen bzw. gezielt ausgeschlossen?

Bei alledem ist für uns klar: Der Kampf gegen jeden Antisemitismus und Rassismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Internationaler Austausch? Auch mit Israel!

Die Christian-Albrechts-Universität bezeichnet sich per se als "Weltoffene Hochschule". Seit dem 11.11.2015 nimmt die CAU teil an der Bundesaktion "Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit". In der Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz heißt es: *„Hochschulen sind weltoffene Orte. Meinungsvielfalt und internationaler Austausch sind Grundlagen ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit. Angesichts der derzeit erkennbar zunehmenden fremdenfeindlichen Tendenzen fühlen sich die Hochschulen aufgerufen, für diese Werte offensiv einzutreten“*. Dies sehen wir in der aktuellen Situation nicht für israelische und jüdische Studenten*innen gewährleistet. Universitäten sollten Safer Spaces für alle sein. Jüdische und israelische Studierende sollten während solch schrecklicher Ereignisse besondere Unterstützung erfahren.

Im Kontext einer weltoffenen Universität fordern wir eine israelische Partneruniversität fächerübergreifend für Kiel, um den internationalen Austausch unter Forschenden und Studierenden zu fördern. Als Kieler Studentenschaft setzen wir uns dezidiert für eine israelische Partnerstadt ein.

Gleiche Chancen in Studium, Lehre und Forschung?

An bestimmten jüdischen Feiertagen und auch Schabbat gilt der orthodoxen jüdischen Tradition nach ein striktes Schreib- und Arbeitsverbot. Jüdische Studierende, die dies in der Vergangenheit einhielten, mussten auf ihren akademischen Fortschritt verzichten. Dies kann und darf nicht die Absicht einer Universität sein, die *„allen Mitgliedern (...) unabhängig von (...) Religion (...) die gleichen Chancen in Studium, Lehre, Forschung und Verwaltung (...)“* ermöglichen will. Wir fordern: Keine Prüfungen an jüdischen Feiertagen! Falls eine Prüfung dann doch an einem Feiertag stattfindet, muss ein Ersatztermin angeboten werden. Wir fordern die Universität auf, dies in den entsprechenden Studienordnungen zu ändern. Schließlich ist es in Schleswig-Holstein laut § 3 Abs. 5 des Hochschulgesetzes die Pflicht der Hochschule die *„Vielfalt ihrer Mitglieder und Angehörigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben“* zu berücksichtigen. Beispielsweise verpflichtete sich die Ruhr-Universität Bochum (RUB) im Jahr 2020 dazu, künftig Prüfungstermine so festzulegen, dass sie nicht mit religiösem Arbeitsverbot oder hohen Feiertagen einer Religionsgemeinschaft kollidieren.

Antisemitismus ist ein tief verwurzeltes gesamtgesellschaftliches Problem. Deshalb sind Universitäten und Forschung nicht frei von Antisemitismus. Im Kampf gegen jeden Antisemitismus ist es daher unabdingbar, dass es an der CAU künftig eine*n Beauftragte*n für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus gibt.

Forderungen kurz zusammengefasst:

Das Studierendenparlament verurteilt zutiefst den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Das StuPa spricht allen jüdischen und israelischen Studierenden im ganzen Land sein tiefstes Mitgefühl und seine Solidarität aus.

Das Studierendenparlament erkennt an, dass jüdisches Leben ein essentieller Bestandteil dieses Landes ist.

Das Studierendenparlament fordert die Universität Kiel auf, die IHRA-Definition und die 3D-Regeln als die allgemeingültige Arbeitsdefinition für Antisemitismus zu etablieren.

Das Studierendenparlament fordert jede beteiligte Fachschaft und Hochschulgruppe auf, auf die diversen jüdischen Perspektiven aufmerksam zu machen und einseitige Solidaritätsbekundungen zu vermeiden.

Das Studierendenparlament fordert eine israelische Partneruniversität für die Christian-Albrechts-Universität, um den kulturellen und akademisch-wissenschaftlichen Austausch fächerübergreifend zu fördern und zu vertiefen. Das Studierendenparlament setzt sich in diesem Kontext auch dezidiert für eine israelische Partnerstadt für die Stadt Kiel ein.

Das Studierendenparlament fordert: Keine Prüfungen an jüdischen Feiertagen! Falls eine Prüfung dann doch an einem Feiertag stattfindet, muss ein Ersatztermin angeboten werden. Die entsprechenden Studienordnungen müssen geändert werden, um dies zu berücksichtigen.

Das Studierendenparlament erkennt an, dass Antisemitismus ein tief verwurzeltes gesamtgesellschaftliches Problem ist. Deshalb sind Universitäten und Forschung nicht frei von Antisemitismus. Im Kampf gegen jeden Antisemitismus ist es daher unabdingbar, dass es an der CAU künftig eine*n Beauftragte*n für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus gibt.

Quellen:

<https://www.diversitaet.uni-kiel.de/de>

<https://www.uni-kiel.de/de/universitaet/familie-vielfalt#>

<https://www.bundestag.de/resource/blob/952770/b8767b0a70bbddd21225f23f872cdab3/WD-8-023-23-pdf-data.pdf>

<https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/jlr-HSchulGSH2016V11P3>

https://www.kiel-wiki.de/Albert_Einstein

https://www.histsem.uni-kiel.de/de/das-institut-1/abteilungen/regionalgeschichte-mit-schwerpunkt-schleswig-holstein/Themenabend%20Mai%202023_Flyer.pdf

Finanz Übersicht Campusfestival 2024 des AStAs der CAU zu Kiel

Ausgaben

Kostenart	Beschreibung	Soll Summe geplant	Ist Summe tats.
Veranstaltungskosten	Bühnen & Veranstaltungstechnik	18.500,00 €	
	Booking	15.000,00 €	
	Künstlersozialkasse	1.100,00 €	
	Versicherungsgebühren	2.000,00 €	
	GEMA	800,00 €	
	Logistik	700,00 €	
	Projektmanagementtool	140,00 €	
	Staff-Shirts	1.200,00 €	
	Essensmarken ehrenamtlicher Staff	2.000,00 €	
	Entschädigung ehrenamtliches Orgateam	3.000,00 €	
Personalkosten	Security	4.000,00 €	
	Sanitätsdienst	2.000,00 €	
	Awarenessteam	500,00 €	
	Essen	800,00 €	
Repräsentations- und Bewertungskosten	Getränke	10.000,00 €	
	Mehrwegbecher etc.	2.000,00 €	
	Werbung über Plakate und online	4.000,00 €	
Druck- und Bewerbungskosten	Verbrauchsmaterial	1.000,00 €	
Sonstige Kosten	Deko	800,00 €	
	Pavillions	500,00 €	
	Toilettennutzung & Reinigung	700,00 €	
Gesamtsumme:		70.740,00 €	0,00 €

Einnahmen

	Beschreibung	Soll Summe geplant	Ist Summe tats.
Sponsoring	Uni Kiel	500,00 €	
	StuWe SH	700,00 €	
	weitere Sponsoren	7.000,00 €	
Verkauf	Essen	1.300,00 €	
	Getränke	13.000,00 €	
Standgebühren	Foodtrucks	1.000,00 €	
Gesamtsumme:		23.500,00 €	0,00 €

Bilanz

Soll	Ist
Summe geplant	Summe tats.
-47.240,00 €	0,00 €

Stellenplan Studierendenschaft CAU Kiel, HHJ 23/24

Stand: 18.12.2023, AStA-Vorstand



Unbefristete Beschäftigungen										
Bezeichnung	Besoldungs-Gruppe	Vollzeit/Teilzeit - Verhältnisangabe/ Stundenanzahl	Zahl der Stellen im HHJ 22/23	Zahl der Stellen im HHJ 23/24	eingestellt seit	planmäßig besetzt bis	13. Gehalt	Urlaubsgeld	Nächste Stufenerhöhung	Erläuterungen
BAföG- und Sozialberatung inkl. Studieren mit Behinderung/ chr. Krankheiten		Teilzeit 21,5 h/Woche	3	3	Jun 2009		Ja	Ja	/	
BAföG- und Sozialberatung inkl. Studieren mit Kind/ Jobberatung		Teilzeit 30h/Woche			Okt 2016		Ja	Ja	Nov 2026	
BAföG- und Sozialberatung inkl. Internationale Studierende		Teilzeit 19,5 h/Woche			April 2023		Ja	Ja	Jun 2023	Ehemals Krankheitsvertretung
Information		21,0/h Woche	1	1	Apr 2016		Ja	Ja	/	
Fachschaftsfinanzen		14h/Woche	1	1	August 2021		ja	ja	Feb 2027	
Finanzverwaltung		25 h/Woche	1	1	Okt. 2021		ja	ja	Okt 2024	
Finanzverwaltung		25 h/Woche	0	1	Feb 2024	März 2024	/	/	/	Doppelbesetzung der Stelle Zwecks Einarbeitung
Layout		20h/ Woche	1	1	Nov 2017		Ja	Ja	Nov 2025	
Presse & Öffentlichkeitsarbeit		5h/ Woche	1	1	Okt 2021		Ja	Ja	Nov 2025	Zusatzstunden f. Layout
Studienberatung		Vollzeit/ 38,5h/Woche	1	1	Jan 1987		Ja	Ja	/	

Homepage/ IT-Administration		19h/Woche	1	1	Mai 2021	Juni 2022	Ja	Ja	Aug 2023	Zuvor befristet
Befristete Beschäftigungen										
Bezeichnung	Besoldungs- Gruppe	Vollzeit/Teilzeit - Verhältnisangabe/ Stundenanzahl	Zahl der Stellen im HHJ 22/23	Zahl der Stellen im HHJ 23/24	eingestellt ab	planmäßig besetzt bis	13. Gehalt	Urlaubsgeld	Erläuterung	
Fachschaftsfinanzen		12h/Woche	1		Jul 2022	Jun 2023	Ja	Ja	Macht zurzeit den gleichen Job wie Fachschaftsfinanzkoordination	
Organisation		9h/ Woche	1	1	Jul 2022	Jun 2023	Ja	Ja		
Semesterticketverwaltung		10h/ Woche	2	1	Jul 2022	Jun 2023	Ja	Ja	Vorher 8h. Anpassung an neue Aufgaben	
Semesterticketverwaltung		16h/ Woche	2	1	Jul 2022	Jun 2023	Ja	Ja	Vorher 8h. Anpassung an neue Aufgaben	
Schriftführung		120h/ Haushaltsjahr	1	1	Jan 2022	Dez 2024	Ja	Ja		
Reinigung		120h/ Haushaltsjahr	2	2	Jan 2022	Jun 2023	Ja	Ja		
Personalkoordination		20h/Woche	1		Aug 22	Aug 23	Ja	Ja		
Projektstelle Studentischer Raum		10h/Woche	2	2	Nov 22	Jun 24	ja	ja	Verlängerung um 6 Monate, Erhöhung der Wochenstunden von 5h zu 10h	
Verwaltung De-Ticket Rückzahlung		5h/Woche	1	0	Jul 23	Okt	/	/	Befristet auf max. 4 Monate	
Projektstelle Campusfestival		10h/Woche	0	2	Aug 23	Jul 23			Neuschaffung der Stellen für Planung eines Campusfestival	
Finanzen		20h/Woche	1	1	Jul 2023	Jun 2024	Ja	Ja		
Vorstandsmitglieder		35h/ Woche	2	2	Jul 2023	Jun 2024	Ja	Ja		
Öffentlichkeitsarbeit (Referent*in)		15h/ Woche	1	1	Jul 2023	Jun 2024	Ja	Ja		
Ehrenämter										

Bezeichnung	Referent*in/ Beauftragung	Verhältnisangabe	Zahl der Stellen im HHJ 22/23	Zahl der Stellen im HHJ 23/24	gewählt ab	Planmäßig im Amt bis	Erläuterungen
Antirasismus	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Datenschutz	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Fachschaften	Referent*in		2	2	Jul 2023	Jun 2024	
Familie & Campus	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Finanzen (Stellvertretung)	Stellv. Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	Kein Stimmrecht
Feminismus	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Hochschulpolitik	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Hochschulpolitik	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Infrastruktur	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Infrastruktur	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Inklusion	Beauftragung		0	1	Jul 2023	Jun 2024	
Inklusion	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Internationales	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Internationales	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Kultur	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Kultur	Beauftragung		0	1	Jul 2023	Jun 2024	
Lehramt	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Lehramt	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Nachhaltigkeit	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Nachhaltigkeit	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Politische Bildung	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	

Politische Bildung	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Presse & Öffentlichkeitsarbeit	Beauftragung		0	1	Jan 2024	Feb 2024	Max.1 Monat für die Einarbeitung
Promovierende	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	an Studienangelegenheiten angegliedert
Queer	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Queer	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Sozialpolitik	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Sozialpolitik	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Stabstelle Beteiligung	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	an P&Ö angegliedert
Studentische Beschäftigungen	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Studienangelegenheiten	Referent*in		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
Studienangelegenheiten	Beauftragung		1	1	Jul 2023	Jun 2024	
StuPa Präsident*in			1	1	Jul 2023	Jun 2024	
StuPa Vizepräsident*in			2	2	Jul 2023	Jun 2024	
Härtefallkommission			5	0	/	/	Die Härtefallkommission wurde laut StuPa-Beschluss vom 19.06.23 gestrichen
Wahlausschussmitglieder			5	3-5 ¹	Apr 2023	Jun 2023	¹ einzufügen nach StuPa Beschluss von Februar 2024
Wahlleitung			1	1	Mär 2023	Jul 2023	
FVK-Koordination			3-5 ²	3-5 ²	Okt 2023	Okt 2024 ³	¹ Aufwandsentschädigungen dieser Funktion erhalten jene Mitglieder der FVK-Koordination, die nicht im AStA Referat für Fachschaften sind. ² Festlegung nach Beschluss der FVK (im Oktober) ³ Anm. für Zukunft: Von Oktober bis Oktober.
Erweitertes Orgateam Campusfestival			0	10	Januar 2024	Juni 2024	

Anmerkung:

Referent*innen, die nicht direkt vom StuPa gewählt werden können, können vorübergehend vom AStA als Beauftragung gewählt werden.

Antrag auf Änderung der Beitragssatzung:

Antragssteller*innen: Maximilian Haertel

Erste Satzung zur Änderung der Beitragssatzung der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Vom **XXX**

NBl. HS MBWFK. Schl.-H. 2024 S. **XXX**

Tag der Bekanntmachung auf der Internetseite der CAU: **XXX**

Aufgrund des § 74 Absatz 2 Satz 1 des Hochschulgesetzes (HSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 39), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Februar 2022 (GVOBl. Schl.-H. S.102), wird nach Beschlussfassung des Studierendenparlaments der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 18. Dezember 2023 und nach Genehmigung durch das Präsidium der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom **XXX** die folgende Satzung zur Änderung der Beitragssatzung der Studierendenschaft erlassen:

Artikel 1

Die Beitragssatzung der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 20. Juni 2023, (NBl. MBWFK. Schl.-H. 2023 S. 42), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Der Studierendenschaftsbeitrag beträgt für das Sommersemester 2024 185€. Er setzt sich zusammen aus dem Semesterticketbeitrag in Höhe von 171€, dem Kulturflatratebeitrag von 1,90€ und dem Semesterbeitrag von 12,10€. Der Erstattungskostenbeitrag wird derzeit ausgesetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Kiel, den XXX

Laura Falk
Vorstand
Allgemeiner Studierendenausschuss
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Stella Thomsen
Vorstand
Allgemeiner Studierendenausschuss
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Änderungsantrag zum Antrag auf den Neuerlass der Reisekostenordnung und Zuschussrichtlinie

Antragssteller*in: Anna Goerlach, Annika Kalthoff (für den Rechtsausschuss)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge folgende Änderungen zum Antrag auf den Neuerlass der Reisekostenordnung und Zuschussrichtlinie beschließen.

Streiche §10 (7) und ersetze durch:

§ 10 Fahrtkosten:

(7) Im Falle eines groben finanziellen oder aufwandsbezogenen Missverhältnisses zwischen dem erstattungsfähigen Verkehrsmittel und einer günstigeren erstattungsunfähigen Alternative, kann ein Antrag auf Ausnahmeregelung eingereicht werden.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Änderungsantrag zum Antrag auf den Neuerlass der Reisekostenordnung und Zuschussrichtlinie

Antragssteller*in: Anna Goerlach, Elias Jaber, Annika Kalthoff (für den Rechtsausschuss)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge folgende Änderungen zum Antrag auf den Neuerlass der Reisekostenordnung und Zuschussrichtlinie beschließen.

§10 Fahrtkosten:

(2) Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel werden bis zur Höhe von 75 Prozent des Super Sparpreises der Deutschen Bahn oder eines äquivalenten Angebotes eines anderen Anbieters der 2. Klasse erstattet. **Bietet die Deutsche Bahn keinen Super Sparpreis auf der zu fahrenden Strecke an, ist das nächstgünstigere Angebot zu nehmen.** Es sind alle verfügbaren Vergünstigungen zu nutzen. Eine Erstattung von Fahrten mit Fernverkehrszügen erfolgt nur, wenn sich die voraussichtliche Fahrtzeit hierdurch um zumindest eine Stunde reduziert oder der Ticketpreis günstiger ist als der von den Nahverkehrszügen.

(5) Reduzieren sich die Fahrtkosten durch die Nutzung einer kostenpflichtigen Rabattkarte der 2. Klasse (BahnCard), so kann eine Erstattung bis zur Höhe des vollen Preises einer Fahrkarte des Super Sparpreises der Deutschen Bahn oder eines äquivalenten Angebotes eines anderen Anbieters der 2. Klasse erfolgen. **Dies gilt ebenfalls für das nächstgünstigere Angebot, wenn die Deutsche Bahn keinen Super Sparpreis auf der zu fahrenden Strecke anbietet.**

(8) Die Erstattung ist auf 130 Euro pro Antragsteller*in und Fahrt begrenzt. Fahrten mit kommerziellen Anbietern von Reisebussen sind **Personenunabhängig** auf 1.560 Euro begrenzt, **wenn die Nutzung eines Reisebusses verhältnismäßig in Anbetracht der Personenanzahl ist.**

§15 Erstattung für Beschäftigte:

(1) Für die Erstattung in den Fällen des § 1 lit. b) findet bei Beschäftigten der zweite Abschnitt dieser Ordnung unter der Maßgabe Anwendung, dass

a) Fahrtkosten auch im Geltungsbereich des Semestertickets erstattet werden, wenn der*die Beschäftigte kein Semesterticket besitzt und

b) die zulässigen Übernachtungskosten gemäß § 13 bis zu einer Höhe von **60** Euro pro Nacht pro Person übernommen werden können.

§16 Erstattung für nicht Beschäftigte:

Für die Erstattung in den Fällen des § 1 lit. b) findet bei nicht Beschäftigten der zweite Abschnitt dieser Ordnung unter den Maßgaben Anwendung, dass Fahrtkosten auch im Geltungsbereich des Semestertickets erstattet werden und die zulässige Höhe der Übernachtungskosten höchstens 60 Euro betragen darf.

§19 Förderungsgrundsätze:

(1) Die Studierendenschaft fördert im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Maßgabe dieser Richtlinien Aktivitäten von Organen der Studierendenschaft, von Hochschulgruppen und einzelnen Studierenden, die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaft förderlich sind. Förderungswürdig sind insbesondere

- a) sportliche Veranstaltungen,
- b) Veranstaltungen zur Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden sowie ihrer Bereitschaft zum Einsatz für die Grund- und Menschenrechte und zur Toleranz auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung
- c) Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden,
- d) Veranstaltungen zur Unterstützung der geistigen und kulturellen Interessen der Studierenden,
- e) Pflege von überregionalen und internationalen Beziehungen und
- f) Erstsemesterfahrten bzw. Orientierungseinheiten. Nicht förderungswürdig ist die laufende bzw. interne Arbeit von Hochschulgruppen

§ 20 Orientierungsfahrten oder -einheiten:

(1) Für Orientierungsfahrten und -einheiten mit Erstsemester*innen sowie Hochschulwechsler*innen und für Fahrten zur Vorbereitung von Orientierungseinheiten kann ein Zuschuss von 10 Euro pro Nacht und pro Teilnehmer*in gewährt werden. Anträge auf Erstattungen von Reisekosten in Verbindung mit einer Orientierungsfahrt oder -einheit sind nicht möglich.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag: Anpassung der Reisekostenordnung und Zuschussrichtlinie

Antragssteller*in: Kenan Bilen (StuPa-Vize-Präsident), Maximilian Haertel (Finanzreferent)

Antrag:

Das StuPa möge die neue Zuschuss- und Reisekostenrichtlinie (ZRKRL) beschließen.

Begründung:

Die Zielsetzung ist die Prozesse des Finanzbereiches der studentischen Selbstverwaltung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel durch bessere Strukturen zu optimieren. Aktuell gibt es eine Reisekostenordnung von 2020 und eine Zuschussrichtlinie von 2019 die sich teilweise überschneiden und aufeinander verweisen. Diese wurden jetzt in einer Richtlinie zur besseren Übersicht und Handhabung zusammengefasst. Zudem werden Reisekostenantragsformalitäten fairer gestaltet. Fachschaften (FS), die Rücklagen über 4.000 Euro aufweisen, sind zukünftig angehalten, Reisekosten intern zu verrechnen. Generell erhalten alle FS pro Semester bereits den Fachschaftssemesterbeitrag. Anträge beim Haushaltsausschuss (HHA) sollen für FS sein, die Veranstaltungen, Erstfahrten und dergleichen nicht aus ihren eigenen Mitteln bestreiten können. So werden Verwaltungswege optimiert, die vermeidbare Antragslast beim HHA gesenkt und die Zielrichtung der Prozesse der studentischen Selbstverwaltung verbessert.

Die neue ZRKRL wurde in der 46. Kalenderwoche dem Haushaltsausschuss und dem Rechtsausschuss vorgestellt.

Es wird in der Studierendenparlamentssitzung am 20.11.2023 um rege Beteiligung und Nachfragen bei der Besprechung der neuen ZRKRL gebeten.

Richtlinie über die Vergabe von Zuschüssen und die Erstattung von Reisekosten im Rahmen der allgemeinen Zuschüsse des Studierendenparlaments der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Zuschuss- und Reisekostenrichtlinie - ZuRRI)

vom 18.12.2023
- Lesefassung -

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	1
§ 1 Anwendungsbereich	1
§ 2 Begriffsbestimmungen	1
§ 3 Grundsätze	1
§ 4 Zuständigkeit	1
§ 5 Antragstellung	2
§ 6 Fristen	2
§ 7 Fachschaften	3
§ 8 Vorschüsse	3
II. Abschnitt: Erstattung von Dienstreisen von Studierenden	3
§ 9 Erstattungsfähigkeit	3
§ 10 Fahrtkosten	4
§ 11 Beförderungs- und Transportkosten	5
§ 12 Tagungsgebühren	5
§ 13 Übernachtungskosten	5
§ 14 Sonstige Kosten	5
III. Abschnitt: Erstattung von Dienstreisen anderer Personen	6
§ 15 Erstattung für Beschäftigte	6
§ 16 Erstattung für nicht Beschäftigte	6
IV. Abschnitt: Erstattung von sonstigen Reisen, Kulturveranstaltungen oder Aktivitäten	6
§ 17 Erstattung dem Grunde nach	6
§ 18 Erstattung der Höhe nach	6
§ 19 Förderungsgrundsätze	6
§ 20 Orientierungsfahrten oder -einheiten	7
V. Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen	9
§ 21 Härtefälle	9
§ 22 Übergangsbestimmungen	9
§ 23 Inkrafttreten	9

I. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vorschriften dieser Richtlinie gelten für die Erstattung von Auslagen und die Zahlung und Abrechnung von Vorschüssen für

- a) Dienstreisen von Studierenden der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel,
- b) Dienstreisen anderer Personen, insbesondere von Beschäftigten der verfassten Studierendenschaft (Studierendenschaft) und
- c) sonstige Reisen, Kulturveranstaltungen oder Aktivitäten von Organen der Studierendenschaft, von Hochschulgruppen oder einzelnen Studierenden, die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaft förderlich sind, soweit eine Kostenerstattung im Rahmen der Richtlinien über die Vergabe von Zuschüssen im Rahmen der allgemeinen Zuschüsse des Studierendenparlaments der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Zuschussrichtlinie) beantragt wird

durch das Studierendenparlament (StuPa), den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und die Fachschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU zu Kiel).

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Dienstreisen im Sinne dieser Richtlinie sind Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften im jeweiligen Aufgabenbereich des StuPas und seiner Ausschüsse, des AStAs oder der Fachschaften der CAU zu Kiel. Jede Dienstreise ist vom jeweiligen Gremium vor Antritt der Reise zu genehmigen.

(2) Eine Personenfahrt ist definiert als die Hin- und Rückfahrt eines*r Teilnehmers*in zum bzw. vom Veranstaltungsort.

§ 3 Grundsätze

(1) Eine Erstattung darf die tatsächlich angefallenen Kosten nicht übersteigen. **Zuschüsse für Kulturveranstaltungen oder Aktivitäten werden höchstens bis zur Höhe eines entstandenen Defizits gewährt.**

(2) Soweit eine Erstattung auf anderem Wege als durch die Studierendenschaft in Betracht kommt, ist diese vorrangig in Anspruch zu nehmen.

(3) Eine Erstattung erfolgt nur, soweit der Zweck der Reise, **der Kulturveranstaltung oder Aktivität** den Aufgaben der Studierendenschaft gemäß § 72 Abs. 2 des Hochschulgesetzes des Landes Schleswig-Holstein entspricht.

(4) Eine Bezuschussung alkoholischer Lebensmittel durch das StuPa ist nicht möglich. Eine Ausnahme davon bilden Gastgeschenke.

§ 4 Zuständigkeit

(1) Über Anträge auf Zuschüsse oder Reisekostenerstattung entscheidet vorbehaltlich abweichender Regelungen das StuPa.

(2) Bei der Bewilligung von Zuschüssen für Fachschaften darf das StuPa die laufende Haushaltsplanung der entsprechenden Fachschaft mit in die Entscheidung einbeziehen.

~~(2) Das Verfahren in den Fällen § 1 Nr. 3 richtet sich nach der Zuschussrichtlinie.~~

(3) Über Anträge auf Erstattung von Dienstreisekosten entscheidet vorbehaltlich des Abs. 4 und 5 bis

zu einer Grenze von 1.000 Euro der Haushaltsausschuss. **Anträge, welche korrekt gestellt wurden und eine Höhe von 200 Euro nicht übersteigen, können vom Haushaltsausschuss durch einen einstimmigen Beschluss beschieden werden.**

(4) Über Anträge auf Reisekostenerstattung von Mitgliedern des StuPas und seiner Ausschüsse, des AStAs und seiner Beauftragten sowie der Angestellten der Studierendenschaft entscheidet der AStA.

(5) Soweit Fachschaften Reisekosten aus eigenen Mitteln erstatten, entscheidet die Fachschaftsvertretung über die Anträge.

§ 5 Antragstellung

(1) Der Antrag ist vorbehaltlich des Abs. 6 beim Haushaltsausschuss zu stellen.

(2) Der Haushaltsausschuss beschließt ein zu verwendendes Antragsformular. Dieses wird dem StuPa zur Kenntnis gegeben. **Im Antrag muss der Name, die Anschrift, die E-Mail-Adresse oder Telefonnummer und die Kontoverbindung des*der Antragstellers*in angegeben sein. Über seine Entscheidungen und Beschlüsse führt der Haushaltsausschuss ein Protokoll, aus welchem die Begründungen der Entscheidungen und Beschlüsse sowie die Höhe der beantragten Gelder hervorgehen. Die Protokolle werden den Mitgliedern des StuPas zugänglich gemacht. Das StuPa kann die Beschlüsse des Haushaltsausschusses durch einen eigenen Beschluss aufheben, solange das Protokoll des Haushaltsausschusses bzw. die in diesem getroffenen Entscheidungen und gefassten Beschlüssen noch nicht vom StuPa beschlossen worden sind.**

(3) Mit dem Antrag sind sämtliche Belege über die tatsächlich angefallenen Kosten oder eine entsprechende Finanzkalkulation sowie bei Dienstreisen die Genehmigung der Dienstreise vom jeweiligen Gremium einzureichen. Sollte lediglich eine Finanzkalkulation mit eingereicht werden, so sind die Belege der tatsächlich angefallenen Kosten innerhalb der Frist des § 6 Abs. 1 S. 2 nachzureichen.

(4) Anträge an das StuPa müssen spätestens 14 Tage vor der jeweiligen ordentlichen Sitzung des StuPas beim Haushaltsausschuss eingegangen sein. Der Haushaltsausschuss tagt in der Zeit zwischen dem 13. und 11. Tag vor den Sitzungen des StuPas.

(5) Bewilligte Erstattungen oder Zuschüsse werden nur gegen Vorlage einer vollständigen Abrechnung inklusive der Originalbelege vom AStA ausgezahlt. Die Abrechnung inklusive der Originalbelege muss spätestens sechs Wochen vor Ende des auf die Antragsbewilligung folgenden Semesters geschehen. Nach Prüfung der Belege durch das Finanzreferat oder den Vorstand des AStAs, können diese dem*der Antragsteller*in bei Bedarf zurückgegeben werden. Bei der Prüfung der Belege durch den AStA-Vorstand ist der*die Finanzreferent*in des AStAs stets hinzuzuziehen.

(6) Soweit der AStA über den Antrag entscheidet, ist der Antrag bei dessen Finanzreferat zu stellen, soweit eine Fachschaft zuständig ist, bei der*dem jeweiligen Fachschaftsfinanzbeauftragten.

§ 6 Fristen

(1) **Anträge auf Erstattung von Dienstreisen müssen vor Fahrtantritt und für Kulturveranstaltungen und Aktivitäten vor dem Beginn der jeweiligen Kulturveranstaltung oder Aktivität gestellt werden. Jede Reise, Kulturveranstaltung oder Aktivität ist innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Reise, Kulturveranstaltung oder Aktivität abzurechnen. Bei Überschreiten dieser Frist entfällt der Erstattungsanspruch., es sei denn, dass der*die Antragsteller*in das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat.**

(2) Ausgenommen von der Frist des Abs. 1 sind Anträge zur Bezuschussung von Orientierungsfahrten und -einheiten, welche spätestens sechs Monate nach Beendigung der Fahrt beim Haushaltsausschuss eingegangen sein müssen.

(3) Eine Ausnahme kann ferner gemacht werden, wenn die rechtzeitige Antragstellung dem*der Antragsteller*in ohne sein*ihr Verschulden nicht möglich war.

§ 7 Fachschaften

(1) Die laufende Arbeit der Fachschaften sowie ihre Sachausstattung wird durch die Fachschaftssemestergelder gemäß § 17 der Finanzsatzung der Studierendenschaft der CAU zu Kiel finanziert. Für darüber hinausgehende Dienstreisen, Kulturveranstaltungen und Aktivitäten sind auch Fachschaften im Rahmen dieser Richtlinie antragsberechtigt.

(2) Jede Fachschaft kann pro Haushaltsjahr maximal die Erstattung von zwölf Personenfahrten beim StuPa beantragen.

(3) Sollte eine Fachschaft Rücklagen haben, die 4.000 € überschreiten, sind zunächst die Rücklagen für die Fahrten zu verwenden. Eine Antragstellung ist erst möglich, wenn die Rücklagen insoweit aufgebraucht sind, als dass sie 4.000 € nicht übersteigen.

§ 8 Vorschüsse

(1) Auf Antrag kann der AStA Vorschüsse auf bewilligte Anträge auszahlen. Die Vorschüsse dürfen 80 Prozent der voraussichtlichen Kosten nicht übersteigen. Ein Vorschuss wird nicht ausgezahlt, wenn der*die Antragsteller*in, die entsendende Fachschaft oder Hochschulgruppe die Kosten ersichtlich selbst tragen kann.

(2) Ein Reisekostenvorschuss darf nur gezahlt werden, wenn eine Einladung vorgelegt worden ist, aus der sich Ort und Zeit der Veranstaltung sowie der*die Veranstalter*in ergeben.

(3) Die Auszahlung erfolgt auf Anweisung des*der Finanzreferenten*in des AStAs im Einvernehmen mit dem Vorstand des AStAs. Wird der Vorschussantrag von dem*der Finanzreferenten*in oder einem Mitglied des Vorstandes des AStAs gestellt, so ist zudem das Einvernehmen des*der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des StuPas erforderlich.

(4) Unverzüglich nach Beendigung der Veranstaltung oder Fahrt ist eine Abrechnung inklusive aller Belege vorzulegen. Die Auszahlung einer etwaigen Restsumme erfolgt erst nach Prüfung der Abrechnung. Besteht ein Erstattungsanspruch nicht, nicht mehr oder nicht in vollem Umfang des gewährten Vorschusses, ist der Vorschuss insoweit zurückzuzahlen.

(5) Bei nicht rechtzeitig abgerechneten Vorschüssen kann das StuPa den Zuschussantrag im Nachhinein ablehnen. Ausgezahlte Vorschüsse sind dann zurückzuerstatten.

II. Abschnitt

Erstattung von Dienstreisen von Studierenden

§ 9 Erstattungsfähigkeit

Erstattungsfähig für Auslagen und Vorschüsse von Studierenden nach § 1 lit. a) sind

- a) Fahrtkosten für Personen (Fahrtkosten),
- b) Transportkosten für Sachen oder Beförderung mobilitätseingeschränkter Personen (Transport- und Beförderungskosten),

- c) Tagungsgebühren,
 - d) Übernachtungskosten und
 - e) sonstige Kosten der Reise
- im Rahmen der Bestimmungen dieses Abschnitts.

§ 10 Fahrtkosten

(1) Erstattungsfähig sind Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln unter Maßgabe der Abs. 2 bis 5 und Kraftfahrzeugen unter Maßgabe des Abs. 6 für Strecken, die nicht zumutbar zu Fuß zurückgelegt werden können. Fahrten innerhalb des Geltungsbereichs des Semestertickets

- a) mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden nur erstattet, wenn der Studierendenschaft hierdurch keine Mehrkosten entstehen und
- b) mit Kraftfahrzeugen werden nur erstattet, wenn eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln unmöglich oder unzumutbar ist. Eine Unzumutbarkeit liegt regelmäßig dann vor, wenn sich hierdurch die voraussichtliche Fahrtzeit um zumindest 50 Prozent und 32 Minuten reduziert.

(2) Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel werden bis zur Höhe von 75 Prozent des **regulären Fahrpreises Super Sparpreises der Deutschen Bahn oder eines äquivalenten Angebotes eines anderen Anbieters** der 2. Klasse erstattet. Es sind alle verfügbaren Vergünstigungen zu nutzen. Eine Erstattung von Fahrten mit Fernverkehrszügen erfolgt nur, wenn sich die voraussichtliche Fahrtzeit hierdurch um zumindest eine Stunde reduziert oder der Ticketpreis günstiger ist als der von den Nahverkehrszügen.

(3) Erfolgt die Buchung unverschuldet derart kurzfristig, dass Vergünstigungen nicht mehr in hinreichendem Umfang zur Verfügung stehen, kann eine Erstattung bis zur Höhe des vollen Preises einer Standardfahrkarte der 2. Klasse erfolgen.

(4) Eine Erstattung für Zusatzleistungen erfolgt nicht. **Hiervon ausgenommen sind Sitzplatzreservierungen für Fahrten, die eine voraussichtliche Fahrtzeit von zwei Stunden überschreiten.**

(5) Reduzieren sich die Fahrtkosten durch die Nutzung einer kostenpflichtigen Rabattkarte der 2. Klasse (BahnCard), so **kann eine Erstattung bis zur Höhe des vollen Preises einer Fahrkarte des Super Sparpreises der Deutschen Bahn oder eines äquivalenten Angebotes eines anderen Anbieters der 2. Klasse erfolgen. werden zuzüglich zum erstatteten Fahrpreis die Kosten der BahnCard erstattet. Die Gesamterstattung darf nicht mehr als 75 Prozent des regulären Fahrpreises der 2. Klasse übersteigen. Erfolgen innerhalb des Geltungszeitraums der BahnCard mehrere Fahrten, so ist die Erstattung, soweit sie über den gezahlten Fahrpreis hinaus erfolgt, insgesamt auf den Preis der BahnCard begrenzt.**

(6) Bei Fahrten mit Kraftfahrzeugen werden pro Kilometer der erforderlichen Fahrtstrecke **0,05 Euro** für jede antragsberechtigte mitfahrende Person erstattet. Die Erstattung beträgt **mindestens 0,20 Euro** höchstens 0,40 Euro pro Kilometer. **Ausgenommen hiervon sind Fahrten mit kommerziellen Anbietern von Reisebussen. Für Fahrten mit Kraftfahrzeugen außerhalb des Geltungsbereichs des Semestertickets gilt Abs. 1 lit. b) entsprechend.**

(7) Eine Erstattung von **Schiffsreisen mit mehr als einer Übernachtung** oder Flugreisen ist nicht möglich. Kosten für **Fahrten mit einer Fähre** können nur erstattet werden, wenn keine zumutbare und günstigere Alternative besteht sowie der Grund der Reise in keinem Missverhältnis zur Schiffsreise steht. **Für Schiffsreisen mit Übernachtung gilt Satz 1 entsprechend.**

(8) Die Erstattung ist auf 130 Euro pro Antragsteller*in und Fahrt begrenzt. **Fahrten mit kommerziellen Anbietern von Reisebussen sind auf 1.560 Euro begrenzt.**

§ 11 Beförderungs- und Transportkosten

- (1) Erstattungsfähig sind die Beförderung bzw. der Transport von
 - a) mobilitätseingeschränkten Personen,
 - b) Sachen mit einem Gesamtgewicht von zumindest fünf Kilogramm und
 - c) sperrigen Gegenständen,soweit ein anderweitiger Transport unzumutbar ist.
- (2) Für die Erstattung gilt § 10 dieser Ordnung unter den Maßgaben, dass
 - a) auch Fahrtkosten für Fahrten mit Kraftfahrzeugen im Geltungsbereich des Semesterticket erstattet werden,
 - b) die Kilometerpauschale nach Abs. 6 **in jedem Fall zumindest** 0,40 Euro beträgt und
 - c) für mobilitätseingeschränkte Personen alle notwendigen Fahrtkosten erstattet werden.
- (3) § 10 Abs. 8 S. 1 gilt entsprechend.

§ 12 Tagungsgebühren

Tagungsgebühren werden grundsätzlich nur bis zu einer Höhe von **50** Euro pro Person und Veranstaltungstag erstattet. Höhere Kosten sind nur in begründeten Einzelfällen und nur bei Genehmigung vor Antritt der Reise erstattungsfähig.

§ 13 Übernachtungskosten

In anderen Fällen werden Übernachtungskosten bis zu einer Höhe von maximal **60** Euro pro Person und Übernachtung übernommen. Alle zumutbaren Vergünstigungen sind zu nutzen. Sind in den Tagungsgebühren bereits Übernachtungskosten enthalten, erhöht sich die zulässige Höhe der Tagungsgebühren um die zulässigen Übernachtungskosten.

§ 14 Sonstige Kosten

- (1) Die Erstattung sonstiger Kosten kann nach billigem Ermessen nur erfolgen, wenn sie erforderlich sind, um den Zweck der Reise zu erreichen und hierzu nicht außer Verhältnis stehen.
- (2) Die Erstattung sonstiger Kosten ist vor Beginn der Reise zu beantragen. Wird der Antrag verspätet gestellt, kann eine Erstattung nur erfolgen, wenn der*die Antragsteller*in die Verspätung nicht zu vertreten hat.

§ 14 Vorschüsse

~~(1) Auf Antrag kann der AStA Vorschüsse auf bewilligte Anträge auszahlen. Die Vorschüsse dürfen 80 Prozent der voraussichtlichen Kosten nicht übersteigen. Ein Vorschuss wird nicht ausgezahlt, wenn der*die Antragsteller*in, die entsendende Fachschaft oder Hochschulgruppe die Kosten ersichtlich selbst tragen kann.~~

~~(2) Ein Reisekostenvorschuss darf nur gezahlt werden, wenn eine Einladung vorgelegt worden ist, aus der sich Ort und Zeit der Veranstaltung sowie der*die Veranstalter*in ergeben.~~

~~(3) Die Auszahlung erfolgt auf Anweisung des*der Finanzreferenten*in des AStAs im Einvernehmen mit dem Vorstand des AStAs. Wird der Vorschussantrag von dem*der Finanzreferenten*in oder einem Mitglied des Vorstandes des AStAs gestellt, so ist zudem das Einvernehmen des*der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des StuPas erforderlich.~~

~~(4) Unverzüglich nach Beendigung der Veranstaltung oder Fahrt ist eine Abrechnung inklusive aller Belege vorzulegen. Die Auszahlung einer etwaigen Restsumme erfolgt erst nach Prüfung der Abrechnung. Besteht ein Erstattungsanspruch nicht, nicht mehr oder nicht in vollem~~

~~Umfang des gewährten Vorschusses, ist der Vorschuss insoweit zurückzuzahlen.~~

~~(5) Bei nicht rechtzeitig abgerechneten Vorschüssen kann das StuPa den Zuschussantrag im Nachhinein ablehnen. Ausgezahlte Vorschüsse sind dann zurückzuerstatten.~~

III. Abschnitt

Erstattung von Dienstreisen anderer Personen

§ 15 Erstattung für Beschäftigte

(1) Für die Erstattung in den Fällen des § 1 lit. b) findet bei Beschäftigten der zweite Abschnitt dieser Ordnung unter der Maßgabe Anwendung, dass

- a) Fahrtkosten auch im Geltungsbereich des Semestertickets erstattet werden, wenn der*die Beschäftigte kein Semesterticket besitzt und
- b) **die zulässigen Übernachtungskosten gemäß § 13 bis zu einer Höhe von 120 Euro pro Nacht pro Person übernommen werden können.**

(2) Andernfalls gilt bei Beschäftigten der zweite Abschnitt entsprechend.

§ 16 Erstattung für nicht Beschäftigte

Für die Erstattung in den Fällen des § 1 lit. b) findet bei nicht Beschäftigten der zweite Abschnitt dieser Ordnung unter den Maßgaben Anwendung, dass Fahrtkosten auch im Geltungsbereich des Semestertickets erstattet werden und die zulässige Höhe der Übernachtungskosten höchstens **120** Euro betragen darf.

IV. Abschnitt

Erstattung von sonstigen Reisen, Kulturveranstaltungen oder Aktivitäten

§ 17 Erstattung dem Grunde nach

Die Erstattungsfähigkeit und das Verfahren richten sich in den Fällen des § 1 lit. c) nach den Bestimmungen dieses Abschnitts. Soweit dieser Abschnitt keine entsprechenden Bestimmungen enthält, gelten die Bestimmungen des ersten Abschnitts dieser Richtlinie entsprechend.

§ 18 Erstattung der Höhe nach

(1) In den Fällen des § 20 finden der erste bis dritte Abschnitt keine Anwendung.

(2) Auf Reisen des*der Antragstellers*in findet der zweite Abschnitt entsprechende Anwendung.

(3) Bei Veranstaltungen in Kiel findet § 11 entsprechende Anwendung.

(4) Auf externe Referierende findet § 16 entsprechende Anwendung.

§ 19 Förderungsgrundsätze

(1) Die Studierendenschaft fördert nach Maßgabe dieser Richtlinien Aktivitäten von Organen der Studierendenschaft, von Hochschulgruppen und einzelnen Studierenden, die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaft förderlich sind. Förderungswürdig sind insbesondere

- a) **kulturelle sportliche** Veranstaltungen,
- b) **Veranstaltungen zur Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden sowie ihrer Bereitschaft zum Einsatz**

für die Grund- und Menschenrechte und zur Toleranz auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung

- c) Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden,
- d) **Veranstaltungen zur Unterstützung der geistigen und kulturellen Interessen der Studierenden,**
- e) Pflege von überregionalen und internationalen Beziehungen und
- f) Erstsemesterfahrten bzw. Orientierungseinheiten.

Nicht förderungswürdig ist die laufende bzw. interne Arbeit von Hochschulgruppen.

(2) Kulturveranstaltungen sind nur dann förderungswürdig, wenn

- a) **die Teilnahme für alle Studierenden der CAU zu Kiel offen ist,**
- b) **alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden,**
- c) **sie in Kiel stattfinden und**
- d) **sie einen ausgewiesenen studentischen Bezug haben.**

(3) Es werden nur Studierende bzw. Aktivitäten von Studierenden der CAU zu Kiel gefördert.

~~(4) Bewilligte Zuschüsse werden nur gegen Vorlage einer vollständigen Abrechnung sowie der Originalbelege vom AStA ausgezahlt. Die Abrechnung inklusive der Originalbelege muss spätestens sechs Wochen vor Ende des auf die Antragsbewilligung folgenden Semesters geschehen.~~

(4) Aktivitäten, deren Durchführung oder Förderung in den Aufgabenbereich der CAU zu Kiel oder Dritter fallen, werden nur im Ausnahmefall unterstützt.

§ 20 Orientierungsfahrten oder -einheiten

(1) Für Orientierungsfahrten und -einheiten mit Erst- und **Frühsemester sowie Hochschulwechsler*innen und für Fahrten zur Vorbereitung von Orientierungseinheiten** kann ein Zuschuss von **10 Euro pro Nacht und pro Teilnehmer*in** gewährt werden. **Anträge auf Erstattungen von Reisekosten in Verbindung mit einer Orientierungsfahrt oder -einheit sind nicht möglich. Anträge, die korrekt nach dem Berechnungsschlüssel von 10 Euro pro Nacht und pro Teilnehme*in gestellt wurden, können vom Haushaltsausschuss durch einen einstimmigen Beschluss beschieden werden.**

(2) ~~Bei Fahrten mit Erstsemestern werden Erst- und Frühsemester sowie Hochschulwechsler*innen unterstützt.~~ Betreuungspersonen werden nur unterstützt, soweit das Verhältnis von Betreuungspersonen zu Teilnehmenden 1:4 nicht überschreitet. Mindestens werden jedoch pro Fahrt zwei Betreuungspersonen gefördert. **Eine Personenfahrt ist definiert als die Hin- und Rückfahrt eines*r Teilnehmers*in zum bzw. vom Veranstaltungsort.**

(3) Pro Fachbereich können mehrere **Orientierungsfahrten oder -einheiten** gefördert werden, sofern dieses Angebot für den Fachbereich angemessen ist.

(4) Für Anträge zur Bezuschussung von **Orientierungsfahrten oder -einheiten** soll das vom Haushaltsausschuss zu erstellende Antragsformular verwendet werden.

~~(5) Über Zuschussanträge entscheidet das StuPa. Anträge, welche korrekt nach dem Berechnungsschlüssel von 10 Euro pro Person und Nacht gestellt wurden, können vom Haushaltsausschuss durch einen einstimmigen Beschluss beschieden werden. Hierüber führt der Haushaltsausschuss Protokoll, aus dem die Entscheidung und die Begründung der Entscheidung hervorgehen. Die Protokolle werden den Mitgliedern des StuPas zugänglich gemacht.~~

§ 21 Kulturveranstaltungen

Kulturveranstaltungen sind nur dann förderungswürdig, wenn

- a) die Teilnahme für alle Studierenden der CAU zu Kiel offen ist,
- b) alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden,
- c) sie in Kiel stattfinden und
- d) sie einen ausgewiesenen studentischen Bezug haben.

§ 22 Fachschaften

(1) Die laufende Arbeit der Fachschaften sowie ihre Sachausstattung wird durch die Fachschaftssemestergelder gemäß § 17 der Finanzsatzung der Studierendenschaft der CAU zu Kiel finanziert.

(2) Für darüber hinausgehende Aktivitäten sind auch Fachschaften im Rahmen dieser Richtlinie antragsberechtigt. Sollte eine Fachschaft Rücklagen haben, die 4.000 € überschreiten, sind zunächst die Rücklagen für die Fahrten zu verwenden. Eine Antragstellung ist erst möglich, wenn die Rücklagen insoweit aufgebraucht sind, als dass sie 4.000 € nicht übersteigen.

§ 23 Antragsverfahren

(1) Über Zuschussanträge entscheidet das StuPa. Anträge gemäß § 20, welche korrekt nach dem Berechnungsschlüssel von 10 Euro pro Person und Nacht sowie pro Teilnehmer*in gestellt wurden, können vom Haushaltsausschuss durch einen einstimmigen Beschluss beschieden werden. Hierüber führt der Haushaltsausschuss Protokoll, aus dem die Entscheidung und die Begründung der Entscheidung hervorgehen. Die Protokolle werden den Mitgliedern des StuPas zugänglich gemacht.

(2) Ausgenommen hiervon sind Anträge zur Bezuschussung von Erstsemesterfahrten, welche spätestens sechs Monate nach Beendigung der Fahrt beim Haushaltsausschuss eingegangen sein müssen. Anträge an das StuPa sollen spätestens 14 Tage vor der jeweiligen ordentlichen Sitzung des StuPas beim Haushaltsausschuss eingegangen sein. Der Haushaltsausschuss tagt in der Zeit zwischen dem 13. und 11. Tag vor den Sitzungen des StuPas.

(3) Anträge müssen vor Entstehung der jeweiligen Kosten gestellt werden. Ausgenommen hiervon sind Anträge zur Bezuschussung von Erstsemesterfahrten, welche spätestens sechs Monate nach Beendigung der Fahrt beim Haushaltsausschuss eingegangen sein müssen. Eine Ausnahme kann ferner gemacht werden, wenn die rechtzeitige Antragstellung dem*der Antragsteller*in ohne sein*ihr Verschulden nicht möglich war.

(4) Im Antrag muss Name, Anschrift, E-Mailadresse oder Telefonnummer und Kontoverbindung des*der Antragstellers*in angegeben sein. Dem Antrag muss eine Finanzkalkulation beigelegt sein. Bei der Bewilligung von Zuschüssen darf das StuPa die laufende Haushaltsplanung der Fachschaft mit in die Entscheidung einbeziehen. Hiervon sind Zuschüsse für Erstsemesterfahrten und Fahrten zu Bundesfachschaftentagungen ausgenommen.

(5) Zuschüsse werden höchstens bis zur Höhe eines entstandenen Defizits gewährt.

§ 24 Auszahlung der Zuschüsse

(1) Bewilligte Zuschüsse werden nur gegen Vorlage einer vollständigen Abrechnung sowie der Originalbelege vom AStA ausgezahlt. Nach Prüfung der Originalbelege durch das Finanzreferat oder den Vorstand des AStAs können diese dem*der Antragsteller*in bei Bedarf

zurückgegeben werden.

(2) Der AStA kann auf die bewilligten Zuschussbeträge einen Vorschuss von höchstens 80 Prozent auszahlen. Die Auszahlung des Vorschusses erfolgt auf Anweisung des*der Finanzreferenten*in im Einvernehmen mit dem Vorstand des AStAs. Unverzüglich nach Verwendung der Gelder muss eine Abrechnung inklusive der Originalbelege vorgelegt werden. Bei nicht rechtzeitig abgerechneten Vorschüssen kann das StuPa den Zuschussantrag im Nachhinein ablehnen. Ausgezählte Vorschüsse sind dann zurückzuerstatten.

§ 25 Bezuschussung alkoholischer Lebensmittel

Eine Bezuschussung alkoholischer Lebensmittel durch das StuPa ist nicht möglich. Eine Ausnahme davon bilden Gastgeschenke.

V. Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 21 Härtefälle

In Härtefällen kann das StuPa von den Regeln dieser Zuschuss- und Reisekostenrichtlinie abweichen.

§ 22 Übergangsbestimmungen

Auf **Erstattungen**, Vorschüsse und Auslagen, die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie beantragt wurden, findet die Zuschussrichtlinie oder die Reisekostenordnung in ihrer zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung Anwendung.

§ 23 Inkrafttreten

(1) Diese Zuschuss- und Reisekostenrichtlinie wurde am 18.12.2023 beschlossen und tritt am 01.02.2024 in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Zuschuss- und Reisekostenrichtlinie treten die Reisekostenordnung vom 11.04.2020, beschlossen am 18.11.2019, sowie die Zuschussrichtlinie vom 15.05.2019, beschlossen am 21.01.2019, außer Kraft.

Kiel, den 18.12.2023

Stella Thomsen und Laura Falk
Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel